

Antrag 54/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für einen progressiven transatlantischen Neuanfang!**

1 Die Wiederbelebung und Vertiefung der transatlanti-
 2 schen Beziehungen ist nach der Wahl Joe Bidens zum
 3 46. US-Präsidenten überparteilicher Konsens. Wir fordern
 4 die weitergehende, strategische Entwicklung und Um-
 5 setzung einer distinkt sozialdemokratischen transatlanti-
 6 schen Agenda, basierend auf progressiven außen-und in-
 7 nenpolitischen Ideen, den Konzepten der „Europäischen
 8 Strategischen Autonomie“ und der „Foreign Policy for the
 9 Middle Class“ sowie dem Wissen, dass nur eine enge
 10 transatlantische Allianz die multilaterale, wertebasierte
 11 Ordnung gegen die zunehmende Erodierung durch auto-
 12 kratische Regime bewahren und stärken kann.

13

14 **Auf Landesebene** fordern wir:

15 1. Die Entwicklung und Umsetzung eines trans-
 16 atlantischen Austauschprogrammes zwischen
 17 Politiker*innen und Mitarbeiter*innen der öffentli-
 18 chen Verwaltung mit urbanen Zentren jenseits der
 19 US-Küstengebiete mit verschiedenen thematischen
 20 Schwerpunkten (u.a. Klima, Handel, Technologie).
 21 Als Beispiel kann das Programm „New Urban
 22 Progress“ des Progressiven Zentrums dienen.

23

24 **Auf Bundesebene** fordern wir:

25 1. Einen gezielten Kontaktaufbau zwischen Fraktion
 26 und Parteivorstand mit dem progressiven Flügel der
 27 Demokratischen Partei sowie verwandten Organi-
 28 sationen (z.B. „Justice Democrats“, „Center for In-
 29 ternational Policy“) und eine daraus resultierende
 30 Agenda für eine gemeinsame progressive Allianz,
 31 die alle außenpolitische Bereiche umfasst.

32 2. Die Etablierung einer transatlantischen Task-Force
 33 zur Stellungnahme und Positionierung gegenüber
 34 der von Biden angekündigten „Foreign Policy for
 35 the Middle Class“. Diese sollte eine Neujustierung
 36 der deutschen und europäischen Außenpolitik auf
 37 nationale und internationale wirtschaftliche Ver-
 38 teilungseffekte, ein transparentes Aufbrechen des
 39 innen-und außenpolitischen Silodenkens in Parla-
 40 menten und Verwaltung sowie einen intensivierten
 41 und informationsbasierten außen-und sicherheits-
 42 politischen Bürger*innendialog zu ihrem Kern ma-
 43 chen.

44 3. Die Gründung eines parlamentarischen bzw. par-
 45 teilichen Austauschkreises zu Best Practices und
 46 Policy-Umsetzung einer innenpolitischen progres-
 47 siven Agenda, insb. mit Augenmerk auf nachhalti-

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Kein Konsens)**

- 48 gen Infrastrukturausbau, die Schaffung und ange-
49 messene Vergütung von systemrelevanten Stellen
50 im Pflegebereich, Aufarbeitung und Wiedergutma-
51 chung von Rassismus und postkolonialem Erbe so-
52 wie sozio-ökonomische Mobilität und Bildungsge-
53 rechtigkeit.
- 54 4. Das Ziel eines nuklearwaffenfreien Europas bleibt
55 bestehen. Die nukleare Teilhabe dient jedoch der Si-
56 cherheit und dem Zusammenhalt innerhalb der NA-
57 TO. Einen unilateralen Ausstieg Deutschlands aus
58 der nuklearen Teilhabe darf es daher nicht geben.
59 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss immer
60 im Multilateralismus begründet sein – einen
61 deutschen Alleingang ohne Abstimmung mit un-
62 seren europäischen Partnern lehnen wir daher ab.
63 Gleichzeitig muss die Bedingung gelten, dass hier-
64 durch kein Einfluss auf die europäische Rüstungsbe-
65 schaffungspolitik genommen wird, bspw. durch die
66 nicht-Zertifizierung von Eurofightern oder dem Fu-
67 ture Combat Air System.
- 68 5. Eine proaktive Politik des konstruktiven Engage-
69 ments der Bundesregierung mit dem Atomwaffen-
70 verbotsvertrag durch Teilnahme an den Vertrags-
71 staatskonferenzen als Beobachter und Mitfinanzier-
72 er; den Einsatz ggü. den Staaten der Stockhol-
73 minitiative, sich ebenfalls als Beobachter zu betei-
74 ligen; und die explizite Befürwortung ggü. den USA,
75 eine "No first use" Policy einzuführen.
- 76 6. Eine Re-Evaluierung des NATO- 2%-Ziels mit dem Ziel
77 eines neuen Abkommens, welches den qualitativen
78 Ausbau militärischer Fähigkeiten festlegt, zu wel-
79 chem sich einzelne Mitgliedstaaten zu bestimm-
80 ten Zeitpunkten verhalten sollen. Dieses Abkom-
81 men muss gebunden an die Bedingung sein, dass je-
82 de Erhöhung der Verteidigungsausgaben mit einer
83 klar ausdefinierten Beschaffungsstrategie einher-
84 geht und dem ausschließlichen Zweck dient, aktu-
85 elle Ausrüstungs- Ausbildungs- und Abwehrdefizi-
86 te der Bundeswehr sowie der EU- und NATO-Partner
87 zu kompensieren. Übergeordnetes Ziel muss stets
88 die auf Kosten- und Kapazitäteneffizienz und -
89 ergänzung ausgelegte Integration der europäischen
90 Sicherheits- und Verteidigungspolitik (insbes. im
91 Rahmen von PESCO) sein. Deshalb soll zudem eine
92 jährliche Evaluierung stattfinden, welche auf die
93 Integration von Ausrüstung und Abwehrsystemen
94 entsprechend dem Ziel einer integrierten europäi-
95 schen Sicherheitspolitik abzielt und festlegt, ob die
96 Rüstungsausgaben gesenkt werden können.
- 97 7. Die Einsetzung einer transatlantischen Evaluie-
98 rungsgruppe des Afghanistan-Einsatzes, um Defi-
99 zite in der Kooperation und Koordinierung konse-
100 quent aufzuarbeiten.

101

102 Auf **EU-Ebene** fordern wir:

- 103 1. Die zügige Operationalisierung des transatlantischen Trade and Technology Council um Einheit in den Anstrengungen zur Bewältigung der
104 Sicherheits-, Wirtschafts- und Regulierungsherausforderungen im digitalen und technologischen
105 Bereich zu fördern sowie globale Standards zu setzen, die Privatsphäre, Menschenrechte, Wettbewerb und Transparenz schützen.
106
- 107 2. Den engen Schulterschluss von Deutschland im Rahmen der Team Europe Initiative mit den USA
108 und das Vorantreiben wichtiger Zukunftsinvestitionen auf multilateraler Ebene zur Erholung nach der
109 Covid-19 Pandemie u.a. im Bereich der nachhaltigen Infrastrukturentwicklung sowie Digitalisierung.
110 Wichtige Initiativen müssen gestreamlined werden.
111 Hierbei muss ein Fokus auch auf der internationalen Zusammenarbeit und entwicklungspolitischen Unterstützung anderer Länder liegen, um einen solidarisches globalen Aufschwung zu ermöglichen.
112
- 113 3. Einen gemeinsamen Ansatz für die digitale Steuerpolitik in Form der Wiederaufnahme der OECD-Verhandlungen. Regulierungs-, Wettbewerbs-,
114 Inhalts- und Datenschutzprobleme müssen in enger Abstimmung adressiert werden, um globale Normen zu formen und eine nachhaltige Alternative zu autoritären Kontrollversuchen digitaler
115 Zivilsphären zu bieten.
116
- 117 4. Die Einsetzung einer NATO-EU Taskforce um die Koordinierung zu maximieren, Fähigkeiten zu bündeln und die Umsetzung einer gemeinsamen politischen
118 Agenda sowie eines Strategiekonzepts zur Bekräftigung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat als Kernkonzept aller NATO-Mitgliedstaaten voranzutreiben.
119
- 120 5. Die weitere Stärkung der europäischen Verteidigungsarchitektur (GSVP) und PESCO mit dem langfristigen Ziel der Schaffung einer Europäischen Armee, ein Instrument, das nicht als Alternative zur
121 NATO gedacht sein soll, sondern als europäischer Pfeiler des transatlantischen Bündnisses, der die strategische Gestaltungsmacht Europas in der Allianz und der Allianz selbst erhöhen würde.
122

145